



Rezent Entwécklungen am Dossier CETA an TTIP:

**Mäer loossen eis kee Sand an d'Äe streeën:
rezent Entwécklungen brénge kee Fortschrëtt!
Protest ass méi wichteg wéi jee!**

In den vergangenen Tagen und Wochen versuchten Befürworter von CETA und TTIP das Bild zu vermitteln, die Politik hätte die Probleme in Sachen CETA und TTIP erkannt und würde angemessen reagieren.

In dieser Pressekonferenz möchte die Stop CETA und TTIP Plattform die rezenten Entwicklungen darlegen und auch weniger bekannte Hintergrundinformationen vermitteln. Angesichts dieser Fakten und dieses Wissens wird deutlich: derzeit versucht die Politik die kritische Bevölkerung zu beruhigen, ohne dass es auch nur annähernd Garantien über entscheidende Schlüsselfragen gibt! Insofern ist die Protestveranstaltung vom nächsten Samstag wichtiger denn je, um konkreten Forderungen Nachdruck zu verleihen!

TTIP:

Luxemburger Regierung muss endlich auch formal Stellung beziehen!

In den vergangenen Wochen konnte man eine gewisse "Kursänderung" der Luxemburger Politik feststellen: Sie scheint TTIP nunmehr weitaus kritischer gegenüber zu stehen, als dies noch vor Monaten der Fall war.

Dies ist sicherlich a priori positiv zu werten.

In der wichtigen Ministerratssitzung in Bratislava Ende September, in der über die weitere Vorgehensweise in Sachen TTIP diskutiert wurde, sprachen sich eine Reihe von Ländern **gegen** die Fortführung der TTIP-Verhandlungen **unter dem aktuellen Mandat** der EU-Kommission aus.

Wer mogelte sich scheinbar an einer klaren Aussage vorbei? Die Luxemburger Regierung! Sie stellte sich - unseren Informationen zufolge - NICHT auf die Seite dieser Länder.

Wir verlangen ein Ende dieser Vogel-Strauß-Politik!

Die Luxemburger Regierung muss sich endlich in den Ministerratssitzungen für ein deutliches Nein zu TTIP unter dem aktuellen Verhandlungsmandat aussprechen! Die Luxemburger "Stop CETA - Stop TTIP"- Plattform erwartet diesbezüglich deutliche und verbindliche Aussagen der Luxemburger Regierung und der politischen Parteien!

CETA:

Statt intransparenter Vorgehensweise und unverbindlicher Zusagen: mit offenen Karten spielen und eindeutige Garantien auf den Tisch legen!

Um - angesichts der gravierenden Unzulänglichkeiten des Vertragsentwurfes und der erheblichen Opposition in der Bevölkerung- die notwendige Akzeptanz für CETA bei weiteren Teilen der Bevölkerung zu erhöhen, sollen nun von offizieller Seite aus in der Öffentlichkeit umstrittene Aspekte durch sogenannte Zusatzprotokolle beseitigt werden.

Diese würden, so die Befürworter von CETA, den wichtigsten Bedenken der Gegner Rechnung tragen (z.B. in Sachen Sozialstandards), so dass einer Unterzeichnung nichts mehr im Wege stünde. Insofern käme diesen Zusatzprotokollen eine äußerst zentrale Bedeutung zu.

Die Art und Weise, wie jedoch über diese Zusatzprotokolle diskutiert wird, zeigt leider auf, dass erneut nicht mit offenen Karten gespielt wird und, trotz gegenteiliger Aussagen, derzeit nur unverbindliche Zusagen erfolgen!

Die "STOP CETA – STOP TTIP"-Plattform bleibt bei ihrem Nein zu CETA und TTIP, möchte aber betreffend die Zusatzprotokolle zusätzlich Folgendes zu bedenken geben:

1. Zusatzprotokolle: in der dunkelsten Dunkelkammer!

In "guter alter Tradition" der bisherigen Vorgehensweise in Sachen Freihandelsabkommen sind diese Zusatzprotokolle bzw. deren Orientierung immer noch nicht öffentlich. Scheinbar sollen sie in einer knappen Woche den Regierungen zugestellt werden; wann sie der Öffentlichkeit zugänglich sein werden, ist nicht bekannt.

Man kann doch seitens der Politik nicht so tun, als ob mit den Zusatzprotokolle alle Sorgen beseitigt wären, und parallel davor zurückschrecken, die Dokumente, die diese Aussage ggf. bestätigen würden, nicht zeitgerecht veröffentlichen! Gerade dies lässt doch die Vermutung aufkommen, dass die Zusatzprotokolle eben keine reelle Lösung darstellen. Warum sonst würde man vor deren Veröffentlichung zurückschrecken?!?

Denn: bereits am 18. Oktober sollen sie auf einer EU-Ministerratssitzung in Luxemburg gutgeheißen und unterschrieben werden (Am 29.Oktober soll es dem Vernehmen nach eine feierliche Zeremonie geben).

Dieser Zeitdruck, der wohl sehr bewusst von den Verhandlungspartnern herbei geführt wird, verhindert jede reelle und detaillierte Auseinandersetzung mit dem Text der Zusatzprotokolle. Jede politische Diskussion wird auf diese Weise im Keim erstickt. Eine für einen Rechtsstaat unwürdige Vorgehensweise.

2. Nötigungsversuch des Luxemburger Parlamentes: einen halben Tag und eine Nacht zur Entscheidungsfindung?

Aber nicht nur gegenüber der Öffentlichkeit soll erneut intransparent vorgefahren werden, auch gegenüber den gewählten Volksvertretern.

Da der zuständige Minister J. Asselborn nächste Woche im Ausland weilt, sollen die Entwürfe der Zusatzprotokolle erst am 17. Oktober – also einen Tag vor der Abstimmung im EU-Ministerrat – in der zuständigen Kommission der Abgeordnetenkammer zur Diskussion gestellt werden.

Stimmt diese Zeitplanung, so stellt dies einen eklatanten Nötigungsversuch der Abgeordnetenkammer dar! Glaubt wirklich jemand, dass diese Sitzung noch einen realen Einfluss auf die Entscheidung der Regierung als solche haben kann?

Eine objektive demokratische Auseinandersetzung - auch innerhalb der Parteien - eine Anerkennung der Abgeordnetenkammer - ist unter diesem Zeitdruck nicht (mehr) möglich!

3. Prinzip der Zusatzprotokolle umstritten – fragwürdige Rechtsverbindlichkeit

Hinzu kommt: Die Zusatzprotokolle sollen bestimmte Aspekte des CETA-Vertrages ergänzen bzw. klären. Es ist unklar, ob dies rechtlich in dieser Form zulässig ist.

- Können Zusatzprotokolle in diesem Ausmaß den Vertragstext prägen und .ggf. in Schlüsselfragen neu ausrichten?..
- Und vor allem: Was, wenn Widersprüche zwischen Zusatzprotokollen und dem Vertrag bestehen? Dies wäre unweigerlich der Fall, wenn man den Investorenschutz – der in einem gewissen Sinne über den Interessen der Allgemeinheit steht – reduzieren würde. Dies wird doch wohl kaum möglich sein... Womit die Zusatzprotokolle definitiv nicht erfüllen würden, was derzeit versprochen wird. Dies trifft im übrigen wohl auch zu, wenn Sanktionsmechanismen gegenüber Verletzungen der Sozialstandards gewährleistet werden sollen...

Bis dato wurde die Rechtsverbindlichkeit dieser Zusatzprotokolle nicht nachgewiesen und diese äußerst relevanten Fragen nicht offen besprochen. Dies wäre jedoch eine unabdingbare Voraussetzung, wenn die Befürworter der Zusatzprotokolle glaubwürdig argumentieren möchten.

4. Es geht um die Glaubwürdigkeit des politischen Handelns

Wie bereits mehrfach angeführt, ist es äußerst bedauerlich, dass europaweit sowie in Kanada nichts über die Entwürfe der Zusatzprotokolle bekannt ist, sondern die Öffentlichkeit sich auf Indizien und Gerüchte basieren muss.

Und diese sind nicht gerade vertrauenserweckend. Zwar gäbe es, so bestimmte Kreise, wohl Verbesserungen betreffend die Gewährleistung der Unabhängigkeit der Richter, der so umstrittene Investorenschutz jedoch würde in keinsten Form angegangen! Auch die "services publics" würden

nicht ausreichend aus dem Abkommen ausgeklammert, ebenso wie das Vorsorgeprinzip das nicht formal und verbindlich verankert wäre.

Die Indizien und Gerüchte gehen eher in die Richtung, dass hier allgemeine Absichtserklärungen und generelle Formulierungen einem rechtlich verbindlichen Vertrag gegenüber stünden!

Stimmen diese Informationen, und alles deutet darauf hin, so entsprächen die Zusatzprotokolle in kleinster Form dem, was die Politik glauben machen will. Dabei gäbe es durchaus – für jene, die sich trotz aller grundsätzlichen Bedenken auf diesen Weg begeben wollen - ähnlich wie bei TTIP - “rote Linien”, an denen die Glaubwürdigkeit der Politik gemessen werden könnte, so z.B.:

- die ausschließliche Begrenzung des Investorenschutzes auf ein Diskriminierungsverbot: In SPD-Kreisen galt die Forderung, der Investorenschutz solle auf die Diskriminierung von ausländischen gegenüber inländischen Betrieben begrenzt werden (d.h. die Gleichbehandlung der Betriebe solle sichergestellt sein, und nicht ausländischen Investoren mehr Rechte zuerkannt werden und nicht mehr parallel der Investorenschutz mit Begriffen wie “Enteignung” usw. hochgehalten werden);
- eine eindeutige Verankerung des in der Europäischen Union geltenden Vorsorgeprinzips;
- eine absolut verbindliche Festschreibung der staatlichen Rechte zu regulieren u.a. im sozialen, umwelt- und Verbraucherschutzbereich;
- ein formaler und eindeutiger Ausschluss des Dienstleistungswesens und der öffentlichen Beschaffung aus dem CETA-Vertrag;
- Sanktionsmechanismen bei Verletzung sozialer Bestimmungen.

5. Noch immer unklar: Was soll unter die Zustimmungspflicht der nationalen Parlamente fallen?

Vertreter der Luxemburger Regierung führen in Gesprächen immer wieder an, sie würden auf einer weitgehenden Zustimmung der nationalen Parlamente bestehen. Doch was bedeutet dies?

Noch heute - also knapp 14 Tage, bevor CETA gemäß Wunsch der EU-Kommission unterschrieben werden soll - ist unklar, welche Elemente des Vertrages in welcher Form den Nationalparlamenten zur Ratifizierung vorgelegt werden sollen! Was unter europäische und was unter nationale Kompetenz fällt! Und welche Aspekte demnach auch provisorisch in Kraft treten sollen und welche nicht.

Dabei soll eben auch dies am 18. Oktober auf Ebene des genannten EU-Ministerrates entschieden werden.

Dass dies zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt ist, zeigt die Willkür der aktuellen Vorgehensweise auf. Eigentlich müssten sich die nationalen Parlamente vehement gegen diese Vorgehensweise auflehnen!

Die STOP CETA und TTIP Plattform bekräftigt Ihr NEIN zu CETA und TTIP! Beide Abkommen stellen elementare gewachsene Werte unserer Gesellschaften in Frage. Es kann und darf nicht sein, dass vor allem CETA im Hauruckverfahren verabschiedet wird, zumal nicht einmal ansatzweise ein Konsens über dessen Auswirkungen besteht.

Zusätzlich zu dieser zentralsten Forderung seien folgende Überlegungen angeführt:

- Die Regierung muss in aller Deutlichkeit den Stop der TTIP – Verhandlungen unter diesem Mandat sicherstellen!

- Die Regierung muss im Rahmen der anstehenden Sitzungen in aller Deutlichkeit gegen CETA eintreten und angesichts des Drucks betreffend die Zusatzprotokolle in aller Deutlichkeit folgende minimale Kriterien in Sachen Zusatzprotokolle gewährleisten:
 - * direkte Offenlegung der Entwürfe der Zusatzprotokolle;
 - * umgehende Debatte mit allen Akteuren über diese Protokolle;
 - * juristische Beweisführung, dass diese Zusatzprotokolle effektiv rechtsverbindlich sind und wie ggf widersprüchliche Aussagen in den Zusatzprotokollen gegenüber dem Vertrag gehandelt werden können;
 - * Sicherstellung gewisser roter Linien bei diesen Zusatzprotokollen, u.a.: Nein zum Investorenschutz, verbindliche Regelungen betreffend Sozialkriterien und das Vorsorgeprinzip, Ausschluss der öffentlichen Dienste und des öffentlichen Beschaffungswesens.

Eine derartige offene Debatte wird jedoch nicht innerhalb von 14 Tagen möglich sein: weder innerhalb der politischen Strukturen noch mit der Zivilgesellschaft. Deshalb wäre eine Ratifizierung von CETA auch für Vertreter der Zusatzprotokolle aus diesem Grunde am 18. Oktober absolut unverantwortlich.

Es wurde über 7 Jahre über CETA verhandelt. Dann müsste sich die Politik nun auch die Zeit nehmen, um in aller Sachlichkeit und Fundiertheit während eines halben Jahres darüber zu diskutieren, ob die Zusatzprotokolle eine Lösung darstellen oder nicht. Eine Diskussion im Hauruckverfahren wäre der Tragweite des Dossiers sowie eines demokratischen Rechtsstaats nicht würdig.

Die Politik sollte derart sicherstellen, dass von Europa ein eindeutiges Signal ausgeht: Soziale Kriterien, Umwelt- und Verbraucherschutz vor Handelsinteressen.
